



Protokollauszug zum GEMEINDERAT

am Mittwoch, 13.07.2022, 17:00 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

ÖFFENTLICH

TOP 1

Neue Städtepartnerschaft mit Bergamo

Vorl.Nr. 199/22

Beschluss:

Ludwigsburg begründet eine Städtepartnerschaft mit Bergamo (Italien). Die Verwaltung wird beauftragt, die weiteren inhaltlichen Abstimmungen mit den Verantwortlichen in Bergamo voranzubringen, mit dem Ziel einer feierlichen Unterzeichnung der Partnerschaftsurkunden möglichst noch im Jahr 2022.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 36 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadtrat Dogan
- Stadtrat Handel
- Stadträtin Knecht
- Stadträtin Metzger
- Stadträtin Wiedmann

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** begrüßt die Anwesenden im Kulturzentrum, Großer Saal, und eröffnet die Sitzung. Vor Eintritt in die Tagesordnung geht er auf den Vorfall in der Bärenstraße ein. Die Stadt habe Strafanzeige gegen den Goldschmied gestellt, der mit einer Installation in seinem Schaufenster für Empörung gesorgt hatte. Er hatte Politiker, Beschäftigte der Stadt, aber auch Gastwirte von der Eberhardstraße als Schachfiguren in mittelalterlichen Bußgewändern vor Schafott und Galgen dargestellt. Ob die Anzeige Erfolg habe, darüber werde die Staatsanwaltschaft entscheiden. Es sei wichtig, das demokratisch gewählte Gremium und die Mitarbeiter, aber auch die Gastwirte zu schützen, die persönlich betroffen seien, so OBM Dr. Knecht. Jeder dürfe Kritik äußern, in diesem Fall sei jedoch eine rote Linie überschritten worden, merkt er weiter an.

OBM **Dr. Knecht** steigt in die Tagesordnung ein und ruft Tagesordnungspunkt 1 auf.

OBM **Dr. Knecht** und der **Leiter** des Referats für Stadtentwicklung, Klima und Internationales erläutern den Sachverhalt (Präsentation vgl. Anlage zum Protokoll). Anhand von Fotos wird ein Überblick über die Stadt gegeben, die gerne als „Italiens schöne Unbekannte“ bezeichnet wird. Es habe schon mehrere Begegnungen zwischen Vertretern der beiden Städte gegeben, bei denen das Potential einer Partnerschaft ausgelotet worden sei. Im Rahmen der Venezianischen Messe im September solle die Urkunde unterzeichnet und die Städtepartnerschaftsbeziehung besiegelt werden. Auf vielfältigen Ebenen bieten sich Potentiale und Chancen. Auf der Jugendebene gebe es auch schon eine gute Zusammenarbeit.

OBM **Dr. Knecht** eröffnet die Aussprache.

Nachfolgend der Wortbeitrag von Stadtrat **Bauer**: „Zum 10-jährigen Bestehen der Partnerschaft mit Novy Jicin konnte ich die Lebendigkeit und Herzlichkeit einer Städtepartnerschaft nach der Pandemiepause hautnah erleben. So etwas anders angelegt kann ich mir zum gegenseitigen Nutzen mit Bergamo sehr gut vorstellen. Mit dem Jugendbürgerrat wächst ja schon etwas erfolgreich auf der jugendlichen Seite. Ich bin überzeugt, dass es noch weitere Motoren für die gemeinsame Städtepartnerschaft zum Austausch, lernen und gemeinsam voranbringen gibt neben den Schulen seien die Vereine, die in der Kultur tätigen die Hochschulen genannt (Feuerwehr, Handwerk) Bei der Verwaltung erwarte ich mir wichtige Impulse -in Sachen Wohnraum, Klimaanpassung, Umweltschutz, Nachhaltigkeit. Auch bei Pragmatismus und weniger Bürokratie. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist für mich der gegenseitige Austausch der Wirtschaft, hier erwarte ich wichtige Impulse und zusätzlicher Nutzen für beide Seiten. Also ein Einbinden der Wirtschaft, auch der Tourismus kann beiderseits profitieren. Ein weiterer Aspekt ist für mich, dann noch die EU-Seite, dass wir eine Möglichkeit haben gemeinsame Projekte unter dem Dach der EU mit Frankreich (Montbéliard), Italien (Bergamo) und uns erfolgreich umsetzen können. Mit dem neu zusammengeschlossenen Verein Ludwigsburg International haben wir die Chance noch mehr die Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen, begeistern vielfältige Begegnungen zu haben, also ein höherer Einbezug der Zivilbevölkerung. Abschließend kurz auf den Nenner gebracht: Eine Chance für Ludwigsburg. Und 1 plus 1 ergibt mehr als 2. Wir stimmen dem Beschluss zu einer Städtepartnerschaft mit Bergamo (Italien) zu.“

Die Fraktion um Stadtrat **Meyer** wird ebenso diese Partnerschaft unterstützen. Die überaus attraktive Partnerstadt biete viele Chancen und Möglichkeiten auf verschiedenen Ebenen. Akzente könne er sich ebenso im handwerklichen Bereich vorstellen.

Die bestehende Verbindung des Landkreises in die Region sei eine hervorragende Grundlage, so Stadtrat **Lutz**. Es sei ein wichtiges Zeichen innereuropäischer Freundschaft. Es biete für beide Seiten in verschiedenen Bereichen Chancen. Der Schulaustausch im Ausland präge junge Menschen nachhaltig. Lange Freundschaften können entstehen. Die Partnerschaften sollen gelebt und gepflegt werden. Seine Fraktion stimme gerne zu.

Ebenso stimme die Fraktion um Stadträtin **Liepins** gerne zu. Vor einigen Jahren habe die SPD-Fraktion bereits einen Anstoß gegeben. Schon lange bestehen Verbindungen. Die Partnerschaft stehe auf Augenhöhe und die Stadt Bergamo sei sehr interessant. Gelebte Partnerschaften haben einen hohen Stellenwert im Sinne eines gemeinsamen friedlichen Europas. Sie wünscht einen Austausch auf allen gesellschaftlichen Ebenen. Positiv erwähnt sie den Jugendbürgerrat

Stadtrat **Eisele** signalisiert ebenso seine Zustimmung. Er wünsche eine gelebte Partnerschaft. Der Landkreis werde ebenso die Partnerschaft intensivieren. Bergamo sei ein starker Wirtschaftsstandort, öffnet sich dem Tourismus und verbindet Tradition und Moderne.

Stadtrat **Müller** schließt sich seinen Vorrednern an; die Aussichten für eine gelebte Partnerschaft seien gut. Die inhaltliche Zusammenarbeit solle im Vordergrund stehen.

Stadträtin **Kainz** hat persönlich mit Städtepartnerschaften ausschließlich positive Erfahrungen gemacht und stimmt gerne zu. Frieden und Verständigung seien momentan sehr wichtig.

Nach erfolgter Aussprache lässt OBM **Dr. Knecht** über die Vorlage Nr. 199/22 Beschluss fassen. Er freut sich über das Votum, dies sei ein tolles Zeichen.

TOP 2

Eckdaten Haushalt 2023

Vorl.Nr. 205/22

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Haushaltsplanentwurf 2023 auf Basis dieser Eckdaten unter Berücksichtigung aktueller Veränderungen der Allgemeinen Finanzmittel, insbesondere durch die Orientierungsdaten des Landes für 2023 (Haushaltserlass 2023), zu erarbeiten.

Folgende Prämissen sind dabei zu berücksichtigen:

1. Die Hebesätze/Steuersätze der Gewerbe-, Grund, Hunde- und Vergnügungssteuer bleiben im Jahr 2023 gegenüber dem Vorjahr unverändert.
2. Auf eine Gewinnabführung der Stadtwerke Ludwigsburg/Kornwestheim GmbH sowie der Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH wird für die Haushaltsjahre 2023-2026 verzichtet.
3. Die Transferaufwände 2023 werden auf der Basis der Planansätze 2022 festgesetzt. Die im Haushaltsplan 2022 eingearbeitete Konsolidierungssumme von 87.650 EUR aus den Bereichen Kultur, Sport und Soziales (Vorl. 458/21) wird zurückgenommen und die betroffenen Einrichtungen den übrigen Einrichtungen gleichgestellt.
4. Die Zuschussbeträge für das Blühende Barock und den Eigenbetrieb Tourismus und Events werden für das Haushaltsjahr 2023 wie folgt festgelegt:

Blühendes Barock GmbH	400.000 EUR
Tourismus und Events LB	8.000.000 EUR
5. Für die investiven Baumaßnahmen wird ein durchschnittliches Investitionsvolumen von 35-38 Mio. EUR pro Jahr (2023 bis 2026 in Summe 140-152 Mio. EUR) als Baukostenrahmen vorgegeben.
6. Weitere Kreditaufnahmen sind nur zulässig, wenn die mit der Kreditaufnahme verbundene Maßnahme zu einer nachhaltigen Kostenreduzierung bzw. Entlastung des Ergebnishaushaltes führt und in der Abwägung die wirtschaftlichere Lösung darstellt; die Entscheidung muss

einzelfallbezogen getroffen werden.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen und getrennt.

Der Beschluss zu den Ziffern 1 bis 5 wird mit 36 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Der Beschluss zu Ziffer 6 wird mit 24 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadtrat Dogan
- Stadtrat Handel
- Stadträtin Knecht
- Stadträtin Metzger
- Stadträtin Wiedmann

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung im Wirtschaftsausschuss am 05.07.2022. Es liege zwischenzeitlich ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Vorl. Nr. 240/22) vor. Dieser liege auf den Tischen aus.

Der **Fachbeamte für das Finanzwesen** geht auf die Vorlage Nr. 205/22 ein und erläutert den Sachverhalt.

Nachfolgend der Wortbeitrag von Stadtrat **Sorg**: „Stellen wir uns einmal vor: In unserer Stadt scheint die Sonne, die Solaranlagen auf Dächern und Fassaden machen eigenen Strom und Wärme. Der Wind treibt Schäfchenwolken her, der die Windräder der SWLB anwirft. Und wenn es mal dunkel wird und kein Wind weht, speisen wir grünen Wasserstoff aus den Elektrolyseuren in unsere dezentralen Energiesysteme und wir haben genügend Strom und Wärme für alle - und aus den Schulden wachsen wir dank unserem frühen Umbau der Wirtschaft langsam wieder raus. In diese Welt der 2030er Jahre will ich unsere Kinder entlassen. Für die, die den Schuss noch nicht gehört haben. In der Ukraine herrscht Krieg. Das Druck- und Kriegsmittel gegen den Westen ist Putins Gas, Kohle und Uran. Wir müssen jetzt lokal unser Energiesystem von Russlands Abhängigkeit befreien und in die Energiesicherheit Ludwigsburgs investieren. Was wollen Sie, Herr Oberbürgermeister Knecht, den frierenden Bürgerinnen und Bürgern sagen, nach zwei, drei kalten Wintern oder der Industrie, denen das Gas abgedreht wurde. Vielleicht: „Wir haben immer noch nicht auf erneuerbare Wärme umgestellt oder Sanierungen vorangebracht, aber dafür haben wir auf Kredite verzichten können. Vielen Dank für Ihren Einsatz!“? Putin lacht sich doch ins Fäustchen. Wir dürfen dem russischen Diktator nicht solche Geschenke machen und uns eine Investitionssperre auferlegen, wie es Punkt 6 der Vorlage vorsieht. Wir dürfen uns nicht unsere Zukunft verbauen, sondern wo und falls nötig Kredite aufnehmen, die die nachhaltige Versorgungssicherheit der Bürgerinnen und Bürger ermöglichen. Die Universität Mannheim hat in einer aktuellen Studie mit Agora Energiewende unter dem Titel „Öffentliche Finanzbedarfe für Klimainvestitionen im Zeitraum 2021-2030“ festgehalten:

Trotz des erheblichen Investitionsbedarfs ist Klimaschutz aus ökonomischer Sicht nicht teuer. Im Gegenteil: "Verschiedene Studien zeigen, dass die Investitionskosten mittel- und langfristig gesamtwirtschaftliche und fiskalische Gewinne in mindestens gleicher Höhe gegenüberstehen." Bei den ersten Punkten der Vorlage 205/22 können wir mitgehen: Noch stehen wir zu den Hebesätzen; unsere Töchter WBL und SWLB müssen besser mit Kapital ausgestattet werden; unsere Vereine und Verbände sollen jetzt wieder in vollem finanziellem Umfang sich für das Gemeinwesen in der Stadt einsetzen können. Natürlich können die Kommunen allein das dicke Brett der erneuerbaren Energiesicherheit nicht bohren, da sind auch Bund und Land gefordert. Und die werden liefern. Aber wir müssen jetzt zeigen, dass wir bereit sind Energiewende und Klimaschutz ernst zu nehmen und endlich loslegen. Teurer und dicker wird das Brett mit der Zeit von allein. Daher beantragen wir GRÜNEN - und ich freue mich über Unterstützung - den Punkt 6 der Vorlage zu ergänzen und Kreditaufnahmen auch dann zu ermöglichen, wenn sie dem notwendigen Umbau auf eine regionale, erneuerbare Energiesicherheit dient. Für diese Daseinsvorsorge sind wir verantwortlich.“
Er weist auf den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen, Vorlage Nr. 240/22 hin, der eine Ergänzung des Beschlussvorschlags der Ziffer 6 vorsieht und im Sitzungssaal ausliegt.

Stadtrat **Herrmann** sind folgende Punkte besonders wichtig. Es sollen keine Kürzungen bei den Vereinen erfolgen. Die zeitliche Kürzung sei zurückgenommen worden. Eine Nichterhöhung sei bei der derzeitigen Inflation bereits als Kürzung zu sehen. Ein Verzicht auf die Gewinnausschüttung bei den Stadtwerken sei unstrittig. Auch bei der Wohnbau Ludwigsburg GmbH würden die steigenden Baupreise eher gegen eine Gewinnausschüttung sprechen. Die eingeplanten Ausgaben für Baumaßnahmen werden kritisch gesehen, da die Höhe der Bauausgaben meist nicht erreicht werden, so die Erfahrung der vergangenen Jahre. Viele Maßnahmen dienen dem Klimaschutz und seien wichtig. Die Höhe der Kreditaufnahmen sehe er kritisch und stellt seine Zustimmung in Frage. Lobend erwähnt er die Kreditermächtigungen und die Inanspruchnahme in der Vergangenheit. Es seien stets weniger Kredite aufgenommen worden, als es laut Kreditermächtigung möglich gewesen wäre. Er wolle keine Politik zu Lasten künftiger Generationen.

Er geht auf den Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen ein. Eine schnelle Umsetzung in der Sanierung und bei Windrädern sei nicht möglich. Man habe bisher viel für den Klimaschutz getan. Der Nordoststring werde seit Jahren gefordert und wäre eine gute Maßnahme zum Klimaschutz. Ebenso könne man durch den Weiterbetrieb der Atomkraftwerke Energiesicherheit erreichen. Man solle keine Ängste schüren. Den Antrag Br. 240/22 werde seine Fraktion daher ablehnen und der Beschlussvorlage der Verwaltung zustimmen.

Die künftigen Haushalte werden unbequem und spannend werden und man müsse die Bürgerschaft mitnehmen, so Stadtrat **Weiss**. Man habe in den letzten Jahren viel versäumt, wie Digitalisierung, Bürokratieabbau und Steigerung der Effizienz in der Verwaltung. Seine Fraktion werde mit der Vorlage mitgehen. Über die Höhe der WBL Dividende müsse im Jahre 2024 diskutiert werden. Ziffer 6 der Vorlage sei verständlich, jedoch solle von Wirtschaftlichkeit gesprochen werden und nicht von Rentabilität. Solange die Bundesregierung keine klaren Vorgaben zur Klimapolitik mache und die Programme und Zuschüsse nicht verzahne, werde seine Fraktion den Antrag ablehnen.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** hofft durch den Eckdatenbeschluss auf eine Entlastung und Verkürzung der Haushaltsberatungen. Er stellt sich gegen eine Gewinnausschüttung bei der Wohnbau Ludwigsburg GmbH. Weiter geht er auf Ziffer 6 des Beschlussvorschlags ein. Maßnahmen zum Klimaschutz müssen im großen Umfang erfolgen. Seine Fraktion werde dem Antrag von Bündnis 90/Die Grünen ebenso nicht zustimmen. Nicht wg. des Inhalts werde man den Antrag ablehnen, aber die geforderte Ergänzung sei überflüssig. Er geht von einer Ungenauigkeit in der Vorlage aus. Man brauche einen

gedeckten Haushalt. In den Haushaltsberatungen können konkreten Maßnahmen eingebracht werden.

Die konkreten Projekte müssen diskutiert werden, so Stadtrat **Haag**. Viele Maßnahmen können aufgrund fehlender finanzieller Mittel nicht umgesetzt werden. Die Diskussion um die Verteilung der Mittel werde schärfer werden.

Man müsse eine lebenswerte Stadt im Auge behalten, merkt Stadtrat **Müller** an. Er könne der Vorlage zustimmen. Er könne auch mit dem Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mitgehen. Auf den Klimawandel müsse mit Anpassungsmaßnahmen reagiert werden. Eine erforderliche Kreditaufnahme dürfe dies nicht beschränken.

Stadträtin **Kainz** kann mit der Vorlage mitgehen. Ein klimaneutrales Ludwigsburg sei auch ihr Ziel. Sie werde daher auch dem vorliegenden Antrag von Bündnis 90/Die Grünen zustimmen.

OBM **Dr. Knecht** geht auf die Generationengerechtigkeit ein, dies sei inzwischen auch die Sicherung einer lebenswerten und klimagerechten Zukunft und weit mehr als die finanzielle Generationengerechtigkeit. Der Haushalt müsse sich klimagerecht und zukunftsgerecht im Rahmen des Leistbaren bewegen. Das Thema Klima sei bereits stark positioniert, müsse jedoch noch stärker zur Geltung kommen. In Ziffer 6 des Beschlussvorschlags der Verwaltung sehe er auch eine Öffnung für das Thema Klima. Er geht auf die derzeitigen Preisentwicklungen ein. Bei einer rentierlichen, klimagerechten Maßnahme könne dies in Absprache mit dem Gremium erfolgen. Er halte daher an der Ziffer 6 fest.

Die Leistungskraft des Haushalts müsse beachtet werden, fügt der **Leiter** des Fachbereiches Finanzen hinzu. Man stelle ein Investitionsprogramm und den Ergebnishaushalt auf. Die Differenz müsse über Kredite bedient werden.

Stadtrat **Sorg** geht auf die Ausführungen von Stadtrat Herrmann zum Nordoststring ein. Ein zusätzlicher Straßenbau könne kein CO₂ einsparen. Die Kernkraftwerke brauchen Uran, welches aus Russland komme. Die Energiewende sei eine finanzielle Herausforderung. Er merkt an, dass Stuttgart für die Klimaneutralität notwendigen Zusatzinvestitionen von rund 11 Milliarden Euro mache und durch Einsparungen bis Mitte der 2040er ausgeglichen werden. Stuttgart wolle bis zum Jahre 2035 klimaneutral werden. Er geht auf die aktuelle Mitteilung der Bundesregierung ein. Die staatliche Förderung für effiziente Gebäude werde neu ausgerichtet und die Sanierung in den Vordergrund gestellt. Stärker unterstützt werde ebenso die Umstellung der Fernwärmenetze auf erneuerbare Energien und Abwärme. Er fordert eine getrennte Abstimmung zu Ziffer 6 der Beschlussvorlage, hier werde seine Fraktion nicht zustimmen.

Nach dieser Aussprache lässt OBM **Dr. Knecht** zunächst über die Ziffern 1- 5 abstimmen.

Im Anschluss lässt er über den Antrag Nr. 240/22 abstimmen.

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 12 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Danach lässt OBM **Dr. Knecht** über die Ziffer 6 des Beschlussvorschlags abstimmen.

Beschluss:

1. Für die Alarmierung bei einem Wohnungsbrand (Alarmierungstichwort B3) wird das Schutzziel 1 mit 12 Funktionen und das Schutzziel 2 mit weiteren 6 Funktionen festgelegt.
2. Für die Alarmierung bei einem kritischen Wohnungsbrand (Alarmierungstichwort B4) wird das Schutzziel 1 mit 12 Funktionen und das Schutzziel 2 mit weiteren 10 Funktionen festgelegt.
3. Der anzustrebende Zielerreichungsgrad liegt bei **deutlich** über 90 %. Sollte das Ziel unter 90 % fallen, sind Optimierungsmaßnahmen einzuleiten.
4. Dem anhängenden Maßnahmenplan (s. Anlage 1 und 2) wird dem Grunde nach zugestimmt. Einzelmaßnahmen müssen dem Gremium vorgelegt werden. Jährlich wird per Informationsvorlage über den Sachstand informiert.
5. Zur Sicherung des Zielerreichungsgrads wird die Verwaltung beauftragt, die anhängenden Maßnahmen (Einsatzkräfte, Gerätehäuser und Technik) mittels einer fachbereichsübergreifenden Projektgruppe sukzessive umzusetzen. Die stete Kommunikation zwischen Haupt- und Ehrenamt ist zu sichern.
6. Die Verwaltung empfiehlt bereits jetzt die Dienstzeit in der hauptamtlich besetzten Wache an Werktagen um 2 Stunden zu erweitern. Die neue Dienstzeit für 12 Funktionen beläuft sich auf 6 bis 18 Uhr (früher: 7-17 Uhr). Dem Personalmehrbedarf von 3 Vollzeitstellen im mittleren technischen Feuerwehrdienst wird zugestimmt. Der Freigabe der bisher gesperrten 6 Vollzeitstellen im Stellenplan 2022 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 35 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadtrat Dogan
 - Stadtrat Handel
 - Stadträtin Knecht
 - Stadträtin Metzger
 - Stadträtin Schmidt
 - Stadträtin Wiedmann

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung im Bildungs- und Sozialausschuss am 06.07.2022 und die dort einstimmig gefasste Beschlussempfehlung. Auf Aussprache wird seitens des Gremiums verzichtet. OBM **Dr. Knecht** lässt über die Vorlage Nr. 203/22 Beschluss fassen.

TOP 4

Kitagebühren
- Antrag der SPD-Fraktion vom 27.06.2022

Vorl.Nr. 228/22

Antragstext:

Die SPD beantragt, die automatische Erhöhung bei den Kita-Gebühren für dieses Jahr auszusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 13 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend:

- Stadtrat Dogan
- Stadtrat Handel
- Stadträtin Knecht
- Stadträtin Metzger
- Stadträtin Schmidt
- Stadträtin Wiedmann

Beratungsverlauf:

EBMin **Schmetz** verweist auf den Antrag der SPD-Fraktion Vorl. Nr. 228/22 und führt in das Thema ein. Sie räumt ein, dass es der Gebührenkommission nicht gelungen sei, vor den Sommerferien einen Vorschlag vorzulegen. Das soll jetzt im Herbst geschehen. Weiter weist Sie darauf hin, dass bei einem Verzicht auf die vorgesehene Gebührenerhöhung in diesem Jahr 90.000 Euro im Haushalt fehlen würden. Zudem würden die Ausgaben in diesem Bereich steigen, zum Beispiel durch Tarifierhöhung für die Beschäftigten.

Stadträtin **Liepins** erläutert den kurzfristig gestellten Antrag und führt aus, dass vor allem Familien von den aktuell gestiegenen Lebenshaltungskosten betroffen seien. Von den meisten staatlichen Förderprogrammen würden dagegen nur die Wohlhabenden profitieren. Eine alleinerziehende Mutter kaufe sich nicht unbedingt ein Elektroauto. Außerdem weist sie darauf hin, dass der beschlossene Automatismus bei der Erhöhung der Kita-Gebühren nur als Übergangslösung gedacht gewesen sei. Die Gebührenkommission habe es bisher versäumt, eine Vorlage zur Gebührenstruktur vorzulegen.

Nachfolgend der Wortbeitrag von Stadtrat **Sorg**: „Dass dieser Antrag von der SPD kam, ist für uns nachvollziehbar. Er passt gut in die Kategorie „Tankrabatt“. Kommt gut an, klingt ganz schön, reißt aber ein Loch in den Haushalt und die nachhaltige Wirkung ist zweifelhaft. Andererseits hat die Gebührenkommission bis zum heutigen Tag nicht wirklich geliefert. Daher ist die Nervosität der SPD verständlich. Der SPD-Antrag schert jedoch alle Familien über einen Kamm. Wir GRÜNEN sehen das differenzierter, was sich auch im unterschiedlichen Abstimmungsverhalten heute niederschlägt. In einem Punkt ist sich unsere Fraktion einig: Es muss so schnell wie möglich, eine neue Gebührenlösung her, die einkommensabhängig gestaffelt ist. Die Schere zwischen arm und reich wird immer größer und die Zahl der Familien dazwischen sinkt. Viele Ludwigsburger Kita-Eltern können jedoch auch höhere Gebühren verkraften, wie Sie Frau Liepins auch gesagt haben. Einige von uns werden dem Antrag zustimmen, da sie ebenfalls der Meinung sind, dass die Elternschaft in den Kitas momentan immer noch stark gebeutelt ist. Man darf an dieser Stelle nicht vergessen, dass es aufgrund des Personalmangels immer noch zu Ausfallzeiten oder verkürzte Öffnungszeiten kommt und die Eltern dies auch vor ihren Arbeitgebern rechtfertigen müssen. Zudem braucht man immer noch viel Glück überhaupt einen Betreuungsplatz zu bekommen. Die Gebühren im Herbst generell zu erhöhen, ohne abschätzen zu können, was der Winter an weiteren Einschränkungen bringt, ist nicht zielführend. Der Teil der Fraktion, der gegen diesen Antrag stimmen wird, sieht das Haushaltsloch, das durch die Streichung der Gebührenerhöhung entstehen würde. Sollte der Antrag durchgehen, starten wir mit einem finanziellen Rückstand in die Haushaltsdebatten ohne, dass die SPD uns verrät, was dafür eingespart werden soll oder woher das fehlende Geld genommen werden soll.“

Die heutige Diskussion hätte vermieden werden können, wenn alle in der Gebührenkommission Beteiligten stärker zielorientiert zusammengearbeitet hätten. Es zeigt sich: eine pauschale automatische Erhöhung oder eine pauschale Nullrunde bei den Kitagebühren wird der Elternschaft nicht gerecht. Wir fordern daher die Erarbeitung einer raschen und tragfähigen Lösung in der Kommission, die der Lebensrealität der Kita-Familien gerechter wird und keine Löcher in den Haushalt reißt. Wir haben die Hoffnung, dass sich dies noch für das Kindergartenjahr 2022/2023 positiv auswirkt.“

Die Gebührenkommission habe dreimal getagt. Seine Fraktion sei im Gegensatz zu anderen immer vertreten gewesen. Die Elternvertreter haben nicht über die Höhe der Gebühren geklagt. Sie wünschen jedoch eine gute Kommunikation. Nicht alle Eltern seien gebeutelt führt Stadtrat **Meyer** aus und plädiert dafür, die Eltern an den Mehrkosten zu beteiligen. Momentan steige der Bedarf im U3-Bereich weiter an. Er fragt, wie der Ausbau, die Qualität und die faire Bezahlung der Mitarbeiter sonst finanziert werden könne. Es gebe verschiedene Vergünstigungen. Die Frage nach der sozialen Lücke sei noch nicht beantwortet. Im U3-Bereich liege man weit unter dem Landesrichtsatz. Politisch gesehen sei eine Aufholung kaum möglich. Er geht weiter auf die Inflation und höheren Lebenshaltungskosten ein und sieht den Bund für die Unterstützung der sozial Schwächeren in der Pflicht. Die Bevorzugung und Förderung der E-Mobile müsse ebenso diskutiert werden. Seine Fraktion könne dem SPD-Antrag nicht zustimmen.

Stadtrat **Dengel** geht auf die unterschiedliche Haltung in der FWV-Fraktion ein. Das Thema sei schwierig. Die Verwaltung brauche die Einnahmen, jedoch werde auch die wirtschaftliche Situation und die Belastung der Familien gesehen. Seine Fraktion werde daher nicht einheitlich abstimmen.

Die Gebührenkommission mache Fortschritte und sei auf der Zielgeraden, so Stadtrat **Haag**. Eine Absenkung und Gegenfinanzierung könne in der nächsten Sitzung der Kommission diskutiert werden. Der Antrag hätte im Vorfeld mit den anderen Fraktionen diskutiert werden können.

Stadtrat **Müller** kann dem Antrag zustimmen. Man könne so einen kleinen Beitrag in der jetzigen Situation für die Familien leisten.

Stadträtin **Kainz** werde sich enthalten. Bisher habe sich die LUBU für ein betragsfreies Kindergartenjahr eingesetzt. Einerseits sieht sie die Belastung der Eltern, auch durch ungedeckte Betreuungszeiten, jedoch gebe es bereits verschiedene Möglichkeiten von finanziellen Entlastungen auf Antrag.

Stadträtin **Moersch** geht auf das unterschiedliche Abstimmungsverhalten ihrer Fraktion ein. Sie werde dem Antrag der SPD-Fraktion zustimmen. Familien müssten entlastet und Mütter bei der Rückkehr ins Berufsleben unterstützt werden. Das Signal sei gut und wichtig.

Stadtrat **Maier** geht auf den kurzfristig gestellten Antrag ein. Mit den weiteren Fraktionen konnte nicht mehr das Gespräch gesucht werden. Die Ergebnisse der Gebührenkommission wollte man abwarten, jedoch gebe es noch keine Ergebnisse. Er geht auf die aktuelle wirtschaftlich unsichere Situation für Familien ein.

Nach dieser Aussprache lässt OBM **Dr. Knecht** über den Antrag abstimmen.

Beschluss:

Den beantragten Änderungen des Betreuungsangebots laut Anlage 1 der Vorlage Nr. 202/22 für das Kindergartenjahr 2022/23 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 35 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadtrat Dogan
- Stadtrat Handel
- Stadträtin Knecht
- Stadträtin Metzger
- Stadträtin Schmidt
- Stadträtin Wiedmann

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung im Bildungs- und Sozialausschuss am 06.07.2022 und die dort einstimmig gefasste Beschlussempfehlung. Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Dr. Knecht lässt über die Vorlage Nr. 202/22 Beschluss fassen.

Beschluss:

- I. Die im Rahmen der Beteiligungen der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen (Anlage 4) werden zur Kenntnis genommen. Die Abwägungsvorschläge der Verwaltung werden entsprechend Anlage 4 beschlossen.
- II. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan und die Satzung über örtliche Bauvorschriften „Hindenburgstraße 60“ Nr. 044/05 werden **gemäß § 10 BauGB und § 74 LBO jeweils als Satzung** beschlossen. Maßgeblich sind die Anlagen 1 bis 3 dieser Beschlussvorlage.
- III. Dem Vorhaben- und Erschließungsplan (Anlage 5) und den wesentlichen Inhalten des Durchführungsvertrags (Anlage 6) wird zugestimmt.
- IV. Die Verwaltung wird beauftragt, den Flächennutzungsplan gem. § 13 (2) Nr. 2 BauGB im Wege der Berichtigung anzupassen (Anlage 7).

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 21 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadtrat Dogan
- Stadtrat Handel
- Stadträtin Knecht
- Stadträtin Metzger
- Stadträtin Schmidt
- Stadträtin Wiedmann

Befangen.

- Stadtrat Lutz

Beratungsverlauf:

Zu diesem Tagesordnungspunkt erklärt sich Stadtrat **Lutz** für befangen, rückt vom Sitzungstisch ab und nimmt im Zuhörerraum Platz.

Anschließend verweist OBM **Dr. Knecht** auf die Vorberatung im Bauausschuss am 07.07.2022 und die dort mehrheitlich gefasste Beschlussempfehlung.

BMin **Schwarz** erläutert den Sachverhalt und weist darauf hin, dass die Gebäudehöhe mit 310,85 m.ü. NN festgelegt sei. Man wolle den Einzelhandelsstandort stärken, einen Mehrwert durch Wohnungen generieren und Parkplätze für umliegende Anwohner bieten. Zudem werde es künftig mehr Grün als heute geben.

OBM **Dr. Knecht** eröffnet die Aussprache.

Das Konzept sei völlig aus der Zeit gefallen und entspreche nicht ihren Vorstellungen, teilt Stadträtin **Dr. Knoß** mit. Sie bemängelt, dass keine Fassadenbegrünung rechtsverbindlich festgeschrieben sei und der vorhabenbezogene Bebauungsplan viele schwammige Formulierungen enthalte. So würden in den Anlagen zur Vorlage unterschiedliche Höhenangaben für die Gebäude genannt. Dass die Zahl der Wohnungen, die entstehen sollen, mit ca. 30 angegeben werde, kritisiert sie ebenfalls. Sie befürchtet große Luxuswohnungen und wünscht die Festlegung einer genauen Anzahl. Außerdem stellt sie infrage, ob angesichts der geplanten Stadtbahn, die möglicherweise über die Oststraße fahren soll, überhaupt noch viele Parkplätze benötigt werden. Eine fußläufige Erreichbarkeit sei gegeben. Sie werde der Vorlage nicht zustimmen.

Stadtrat **Braumann** argumentiert, dass dieses Projekt ein wichtiger Beitrag zur Nahversorgung sei und intensiv beraten wurde. Zudem würden Wohnraum sowie dringend benötigter Parkraum geschaffen. Er richtet den Blick auch auf die Historie. Seit dem Jahr 2017 habe man immer wieder intensiv über das Neubauprojekt beraten, das mehrfach auf der Kippe gestanden habe. Der vorliegende Entwurf solle umgesetzt werden. Die Quartiersgarage begrüße er sehr.

Stadtrat **Remmele** geht auf die Historie ein. Die Nahversorgung sei wichtig für das Umfeld. Gleichzeitig weist er darauf hin, dass im Laufe des Planungsprozesses viel gegenüber dem ursprünglichen Entwurf verändert worden sei. Lidl habe sich viel Mühe gegeben. Er kritisiert, dass man in den vergangenen Jahren oft zwei Schritte vor und einen zurück gegangen sei. Dies werfe ein schlechtes Licht auf den Gemeinderat. Er hebt hervor, dass man zudem Wohnraum schaffe. Fassadengrün und Holzfassade sei schwierig umzusetzen.

Man verliere sich im Nebel der Detaildiskussion, gibt Stadtrat **Juranek** zu bedenken. Über die Fakten sei bereits vielfach diskutiert worden. Vollsortimenter seien wichtig. Man wolle keinen Discounter auf der grünen Wiese. Am derzeitigen Standort werde ein Grundstück überbaut, das bereits versiegelt sei. Die Kombination aus Wohnen und Einkauf bezeichne er als zukunftsfähig. Es sei keine Ideallösung, sondern ein Kompromiss. Auch im Sinne der Nachbarschaft habe man viele Dinge in das Verfahren eingebracht. Nicht alles, aber einiges sei erreicht worden. Seine Fraktion werde

zustimmen.

Über das Gebäude werde man noch in vielen Jahren diskutieren, zeigt sich Stadtrat **Eisele** überzeugt. Er verweist auf das Gebäude des Hockeyclubs an der Fuchshofstraße, über das wegen der Gebäudehöhe und fehlender Tiefgarage immer noch geredet werde. Nicht einmal auf die Forderung den Markt im Erdgeschoss unterzubringen, sei Lidl eingegangen. Man habe viele Zugeständnisse gemacht, kritisiert er. Wenigstens auf der Westseite könne man die Fassade begrünen, anstatt einer Holzfassade. Hier gebe es bereits gute Erfahrungen zur Bewässerung und Pflege. Er werde nicht zustimmen.

Stadtrat **Müller** wünscht, dass bei den Wohnungen auch einkommensschwache Familien zum Zuge kommen. Er werde der Vorlage zustimmen.

LUBU habe das Projekt bisher abgelehnt und werde dies weiterhin tun, so Stadträtin **Kainz**. Es handele es sich um ein aus der Zeit gefallenes Riesenprojekt. Es gebe viele negative Faktoren. Wohnraum auf dem Dach müsse mehr aufgenommen werden.

Stadtrat **Link** geht auf die Wohnbebauung über dem Rewe-Markt in Eglosheim ein. Diese Anlage sei sehr gut gelungen.

BMin **Schwarz** geht auf die offenen Fragen ein. In den Plänen seien 33 Wohnungen eingezeichnet. Man müsse dem Investor Spielraum lassen. Daher werde die genaue Anzahl nicht festgeschrieben. Die Summe der Quadratmeter bleibe erhalten. Man werde weiterhin für die Fassadenbegrünung werben. Das Bauvorhaben werde eng begleitet.

Nach dieser Aussprache lässt OBM **Dr. Knecht** über die Vorlage Nr. 189/22 Beschluss fassen. Viele Bedenken der Anwohner konnten ausgeräumt werden. Der Wohnraum über dem Markt sei wichtig, fügt er hinzu.

Im Anschluss tritt Stadtrat **Lutz** wieder in die Sitzung ein um nimmt am Sitzungstisch Platz.

Beschluss:

- I. Die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „Mühlackerstraße 26“ Nr. 121_10_00 wird beschlossen. Maßgebend für den Geltungsbereich ist der Lageplan des Fachbereichs Stadtplanung und Vermessung vom 09.06.2022 (Anlage 1).
- II. Ziel der Planung ist es, die Erweiterung der bestehenden Anlage zur Lagerung und Behandlung von Abfällen zu ermöglichen.
- III. Die Verwaltung wird beauftragt, nach Unterschrift einer Rahmenvereinbarung, die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange durchzuführen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 34 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadtrat Dogan
- Stadtrat Handel
- Stadträtin Knecht
- Stadträtin Metzger
- Stadträtin Molkenthin-Keßler
- Stadträtin Schmidt
- Stadträtin Dr. Traub

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorlage Nr. 195/22 und die Begehung mit dem Stadtteilausschuss ein.

Anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zum Protokoll) erläutert BMin **Schwarz** den Sachverhalt. Vor Ort werde es eine Bürgerinformation geben.

OBM **Dr. Knecht** eröffnet die Aussprache.

Vor Ort konnte sich Stadtrat **Bauer** ein Bild machen. Die neue Anlage ersetze die kleinteilige Lagerung und eine Erweiterung der Kapazität. Betriebsprozesse können optimiert und Fahrbewegungen reduziert werden. Man kann von einer Lärmreduzierung ausgehen. Die Planung verbessere die Situation und erhöhe die Sicherheit. Seine Fraktion werde mitgehen.

Die Entsorgung erfolge gewissenhaft, so Stadtrat **Braumann** und er ist froh, dass das Unternehmen seinen Standort sichere. Das Bauvorhaben sei mit den Schutzziele in Einklang zu bringen. Seine Fraktion werde ebenso zustimmen.

Die Fragen seien bei der Besichtigung vom Unternehmer positiv beantwortet worden, merkt Stadtrat **Weiss** an.

Das Baugesuch sei nachvollziehbar, so Stadträtin **Liepins**. Das Verfahren sei transparent. Ihre Fraktion werde zustimmen.

Stadtrat **Eisele** schließt sich an. Die Begehung sei wichtig gewesen. Viele Bedenken konnten ausgeräumt werden.

Vorbildlich sei das Verfahren bisher gelaufen, lobt Stadträtin **Kainz**.

Nach dieser Aussprache lässt OBM **Dr. Knecht** über die Vorlage 195/22 Beschluss fassen.

Beschluss:

1a) Für die Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH (WBL), wird für die gesamten weiteren Abbrüche der ehemaligen BlmA-Gebäude im Gebiet Grünbühl-West in den nächsten Bauabschnitten (siehe orange markierte Gebäudeblöcke im Lageplan), ein Zuschuss aus Städtebaufördermitteln in Höhe von maximal 1,7 Mio. Euro gewährt. Der städtische Anteil dieser Förderung beträgt 40% (680.000 Euro).

1b) Das Referat Stadtentwicklung, Klima und Internationales wird ermächtigt, mit der WBL einen entsprechenden Ordnungsmaßnahmenvertrag abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 34 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadtrat Dogan
- Stadtrat Handel
- Stadträtin Knecht
- Stadträtin Metzger
- Stadträtin Molkenthin-Keßler
- Stadträtin Schmidt
- Stadträtin Dr. Traub

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung im Bauausschuss am 07.07.2022 und die dort einstimmig gefasste Beschlussempfehlung. Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Dr. Knecht lässt über die Vorlagen Nr. 192/22 Beschluss fassen.

Beschluss:

Die Akademie für Darstellende Kunst Baden-Württemberg wird in den Haushaltsjahren 2023 bis 2025 mit einem Betriebskostenzuschuss i.H.v. 150.000,- Euro pro Jahr gefördert. Der Zuschuss steht im jeweiligen Haushaltsjahr unter dem Vorbehalt der Genehmigung des Haushaltsplans.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 34 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadtrat Dogan
- Stadtrat Handel
- Stadträtin Knecht
- Stadträtin Metzger
- Stadträtin Molkenthin-Keßler
- Stadträtin Schmidt
- Stadträtin Dr. Traub

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung im Bildungs- und Sozialausschuss am 06.07.2022 und die dort einstimmig gefasste Beschlussempfehlung. Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Dr. Knecht lässt über die Vorlage Nr. 206/22 Beschluss fassen.

Beschluss:

1. Der Bericht 2021/22 der Jugendmusikschule Ludwigsburg e.V. wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Der städtische Zuschuss für das Haushaltsjahr 2022 wird in Höhe von insgesamt 611.180 Euro zur Auszahlung freigegeben.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 35 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadtrat Dogan
- Stadtrat Handel
- Stadträtin Knecht
- Stadträtin Metzger
- Stadträtin Molkenthin-Keßler
- Stadträtin Schmidt

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung im Bildungs- und Sozialausschuss am 06.07.2022 und die dort einstimmig gefasste Beschlussempfehlung. Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Dr. Knecht lässt über die Vorlage Nr. 201/22 Beschluss fassen.

Beschluss:

Entsprechend dem Antrag der Geschäftsstelle des gemeinsamen Gutachterausschuss Ludwigsburg und Umgebung vom 09.06.2021 wird Frau Jutta Kittelmann als Gutachterin zur Ermittlung von Grundstückswerten und sonstigen Wertermittlungen und stellvertretende Vorsitzende im Sinne von §§ 192 bis 199 Baugesetzbuch (BauGB) i.V. mit §§ 1 und 2 Gutachterausschussverordnung (GuAVO) sowie § 15 Gemeindeordnung (GemO) bestellt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 35 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadtrat Dogan
- Stadtrat Handel
- Stadträtin Knecht
- Stadträtin Metzger
- Stadträtin Molkenthin-Keßler
- Stadträtin Schmidt

Beratungsverlauf:

Das Gremium verzichtet auf Sachvortrag und Aussprache. OBM **Dr. Knecht** lässt sogleich über die Vorl. Nr. 209/22 Beschluss fassen.

OBM **Dr. Knecht** schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.